

Fre 02/06

Eingang:  
02106122 Rd

Drucksache 20/7710

**Kleine Anfrage**

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Ulrike Alex (SPD), Nadine Gersberg (SPD), Nina Heidt-Sommer (SPD), Turgut Yüksel (SPD) vom 21.01. 2022**

**Anonymer Behandlungsschein I**

**und**

**Antwort**

**Minister für Soziales und Integration**

**Vorbemerkung Fragesteller:**

Nichtversicherte brauchen Unterstützung und müssen bei akuten gesundheitlichen Problemen Zugang zur Versorgung haben. Viele Nichtversicherte sind faktisch von der gesundheitlichen Versorgung ausgeschlossen. Das Land Hessen ruht sich derzeit auf der ehrenamtlichen Arbeit und den Einsatz von Hilfsorganisationen aus, die sich unermüdlich für Menschen ohne Gesundheitsschutz einsetzen und ihnen helfen.

Das Land Hessen muss die Lücke schließen, um der menschenrechtlichen Verpflichtung der körperlichen Unversehrtheit und Krankenversorgung nachzukommen. In den Koalitionsverträgen aus der 19. und 20. Legislatur haben CDU und Bündnis90/Die Grünen die Prüfung eines Fonds, der anonyme Krankenbehandlungen ermöglicht, versprochen. Sozialminister Klose hat öffentlich verkündet, einen „hessischen Weg“ einzuschlagen. Eine Lösung oder ein Konzept hat die Landesregierung aber bislang nicht präsentiert.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie viele Menschen in Hessen gibt es, die nicht krankenversichert sind?

Das Statistische Bundesamt hat in seiner Pressemitteilung Nr. 365 vom 15. September 2020 mitgeteilt, dass im Jahr 2019 in Deutschland rund 61.000 Personen nicht krankenversichert waren und auch keinen sonstigen Anspruch auf Krankenversorgung besaßen. Für Hessen liegen keine gesonderten Daten vor.

Frage 2. Wie viele Notfälle, stationäre Aufenthalte und chronifizierte Beschwerden wurden in den letzten fünf Jahren bei Menschen behandelt, die nicht krankenversichert waren/sind?

Hierzu liegen der Landesregierung keine Daten vor.

Frage 3. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung, den Zugang zur Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung in Hessen besser sicherzustellen?

Es gibt vielfältige Gründe, warum Menschen trotz der bundesweiten Krankenversicherungspflicht nicht versichert sind. Diese Versorgungslücke zu schließen und eine grundlegende Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten, ist eine wichtige sozialpolitische Aufgabe. Die Landesregierung prüft deshalb, wie unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine anonyme Krankenbehandlung ermöglicht werden kann. Dabei können Modelle des anonymen Krankenscheins aus anderen Ländern Vorbild sein.

Frage 4. Wann ist die Prüfung der Landesregierung, einen Fonds, der anonyme Krankenbehandlungen ermöglicht, abgeschlossen?

Aufgrund der Vielzahl der derzeit im Gesundheitswesen zu bewältigenden Krisen dauert die Prüfung aktuell noch an.

Frage 5. Ab wann soll der anonyme Krankenschein in Hessen etabliert werden?

Frage 6. Welchen finanziellen Rahmen soll der Fonds beinhalten?

Frage 7. Inwiefern sollen Vergabe-, Beratungsstellen und Clearingstellen eingerichtet werden?

Frage 8. Inwiefern will die Landesregierung sächliche und personelle Ressourcen bzgl. solcher in Frage 7 genannten Stellen finanziell unterstützen?

Frage 9. An welchen Projekten und in Umsetzung befindlichen Lösungen (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Berlin, Bremen, Frankfurt am Main und München) orientiert sich Hessen?

Frage 10. Wie sieht die Ausgestaltung des von Staatsminister Klose genannten „hessischen Weges“ bezogen auf die Umsetzung detailliert aus?

Die Fragen 5 bis 10 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen. Im Rahmen der Prüfung werden u.a. mit dem Medinetz Gießen und Medinetz Marburg e. V., dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung in Rheinland-Pfalz sowie dem Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main Gespräche geführt, um ihre Erkenntnisse und Erfahrungen in die Entscheidungen der Landesregierung einfließen zu lassen.

Wiesbaden, den 23.5.22

  
Kai Klose

Staatsminister